

Digest der Liberalen Arbeitnehmer



Der NetzWerker

01 / 2010

Direkt aus dem Herzen der Basis

in dieser Ausgabe lesen Sie:

Seite 2:
LAN-Systemkritik
Republik der Beliebigkeit -
Das Ende des Rechtsstaates?

Seite 2:
LAN-Position:
Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst

Seite 3:
LAN-Kommentar: FDP auf dem
schwierigen Weg des Regierens

Seite 4:
LAN-Rückspiegel:
1 Jahr Der NetzWerker -
Lesermeinungen

LAN contra GKV-Zusatzbeiträge

Die von einigen Gesetzlichen Krankenkassen bekannt gegebene Erhebung von Zusatzbeiträgen für die Versicherten stößt bei den Liberalen Arbeitnehmern Sachsen e.V. auf breite Ablehnung. Der Vorsitzende Wolfgang Lesch bezeichnete die Erhöhungen als vollkommen ungerechtfertigt und Gift für die Konjunktur. „Es ist ja nicht mit den derzeit im Raum stehenden 8 Euro getan. Die Kassen können von jedem gesetzlich Versicherten bei entsprechendem Einkommen bis zu 38 Euro monatlich verlangen. Dies wären Mehrbelastungen von weit über 400 Euro im Jahr. Gegen jeden Energieversorger wären bei derartigen Preiserhöhungen sofort kartellrechtliche Schritte eingeleitet worden.“ Zur Stabilisierung der Beitragssätze sprechen sich die LAN für langfristige Ausgabensenkungen im Gesundheitssystem aus. Hierzu gehören die mittelfristige Neuausrichtung der Medizinervergütung und der Zuschüsse für Krankenhäuser. Besonders aber müssen die Preise für Arzneimittel auf den Prüfstand. „Wir müssen die Selbstbedienungsmentalität der Pharmaindustrie beenden und die Zulassung verbilligter Pharmazeutika vorantreiben. Außerdem müssen Preis-Obergrenzen für Medikamente eingezogen und Kosten-Nutzen-Studien erstellt werden“, so Lesch weiter. Die LAN Sachsen sehen Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler in der Pflicht, endlich für Wettbewerb auf dem Arzneimittelmarkt zu sorgen. „Ein europaweites Vertriebs- und Bezugsnetz für nicht verschreibungspflichtige Mittel wäre eine denkbare Variante“, so Lesch abschließend.

Entlastung der Arbeitnehmer nachhaltig gestalten !

Danke FDP!

ca. +1,3 %

Mehr NETTO vom BRUTTO

Für eine leitende Krankenschwester (in Sachsen) ergibt sich bei einem kleinen Schritt laufe alle geringere Gefahr in Nettolohnerhöhung. Viele gut gemeinte kleine Schritte laufen allerdings Gefahr in ihrer Positivwirkung in der breiten Öffentlichkeit zu verpuffen. Deshalb -Entlastung nachhaltig gestalten. Erhöhung des Netto-Gehaltes von 21,50 Euro, dies entspricht ca. 1,3 %-igen



Pfadbon (1,50 €) unterschlagen - JOB weg!

Todesanzeige

Traurig nehmen wir Abschied von unserer Mutter, Grossmutter, Schwester, Tante und Onkelin **Daten - CD geklaut - 2,5 Mio € vom Staat**

Bundesrepublik Deutschland

Nach schwerer, mit grosser Geduld ertragener Krankheit ist sie sanft entschlafen. Ihr liebes Wesen werden wir vermissen, doch in unseren Herzen wird sie immer weiterleben.

Der Rechtsstaat wird zu Grabe getragen und die Justizministerin schweigt!

Wo ist Frau Leuthäuser-Schnarrenberger, wo ist die Rechtsstaatspartei FDP?

Gatte
Sohn mit Familie
Bruder mit Familie
Nichte mit Familie
Anverwandte und Freunde

LAN Positionen: Ver.di zum Maßhalten aufgefordert

Interview mit Wolfgang Lesch zum Tarifkonflikt im öffentl. Dienst

Norbert Just: Sehr geehrter Herr Lesch, Ver.di geht in die aktuelle Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst mit der Forderung nach einer Lohnerhöhung von 5%. Dies ist doch eine Wohltat für Arbeitnehmer?

Wolfgang Lesch: Mit Nichten. Fünf Prozent mehr Lohn sind nicht der berühmte Schluck aus der Pulle sondern der Tropfen, der das Ausgabenfass zum Überlaufen bringt. Die Gewerkschaft hat bis heute nicht begriffen, dass das, was im Öffentlichen Dienst (um-)verteilt wird, erst erwirtschaftet werden muss. Herr Bsirske täte gut daran, sich zu mäßigen. Warnstreiks bei der Stadtreinigung, Müllabfuhr und den Verkehrsbetrieben, vor allem bei der aktuellen Witterungslage, sind nicht nur eine Kampfansage an die Arbeitgeber, sondern eine Kampfansage an die Bürger dieses Landes.

Norbert Just: Was empfehlen die LAN? Tarifpolitik nach Witterungslage?



Wolfgang Lesch: Die LAN haben ein eigenes Positionspapier erarbeitet, in dem die Leitlinien liberaler Tarifpolitik skizziert werden. Unter anderem fordert das Papier, die Lohnentwicklung des Öffentlichen Dienstes an die des produzierenden Gewerbes zu koppeln. Damit könnten die

finanziellen Belastungen für die Steuerzahler, Länder und Kommunen abgemildert werden. In einem zweiten Schritt soll die in den vergangenen Jahren in Schieflage geratene Lohnentwicklung zwischen Privatwirtschaft und Öffentlichem Dienst schrittweise behoben werden. Dies könnte, wo finanziell vertretbar, durch Prämienzahlungen in den Unternehmen geschehen.

Norbert Just: Bleibt damit die Ost-West-Lohnangleichung auf der Strecke?

Wolfgang Lesch: Nein. Die Politik muss sich korrigieren. Die in den vergangenen zehn Jahren eingeleitete angebotsorientierte Politik hat nicht die erhofften Ergebnisse gebracht. Sie mag die Wettbewerbsposition der Unternehmen verbessert haben. Die Situation der fast 1,4 Millionen Steuerzahler in Sachsen, die zum Teil noch immer 30% weniger verdienen als ihre Kollegen im Westen, hat sie geschwächt. Hier muss dringend nachgebessert werden.

LAN Systemkritik: Norbert Just (Chefredakteur - Der Netzwerker)

Republik der Beliebigkeit - Das Ende des Rechtsstaates?

Die Einkünfte der Millionen von Arbeitnehmern in unserem Lande werden mit der monatlichen Lohnzahlung automatisch einer Versteuerung unterzogen. Und die kleinen Selbständigen werden den Einkommensteuer-Vorauszahlungen unterworfen und persönlich vom Finanzamt "betreut". Wer glaubt sich dem Staatswesen und der Finanzierung der Allgemeinheit durch Mißachtung der Rechtsordnung, hier konkret der Steuergesetzgebung, entziehen zu müssen, muss mit einer Bestrafung rechnen. Es ist dabei staatliche Aufgabe bestehende Gesetze anzuwenden und für Steuergerechtigkeit zu sorgen. Diese scheint allerdings vollends abhanden gekommen zu sein. Ein Steuersystem, welches selbst Experten nicht mehr beherrschen und in vielen Alltagsfragen nur noch durch juristische Fallentscheidungen "geregelt" wird (letztes Beispiel Pendlerpauschale), findet keine Akzeptanz. Anstatt "stolz zu sein", Steuern zahlen zu können und zu dürfen und sich damit an den positiven Leistungen unserer Gesellschaft beteiligen zu können, herrscht beim Staatsbürger die Meinung vor "Wer zahlt ist der Dumme!". Die Mehrheit der

Bundesbürger hat den Drang sich dem staatlichen Abkassieren zu entziehen. Während der Fiskus sich beim "kleinen Mann" durch Belegeberge von Kleinstrechnungen nagt, lancieren Andere, scheinbar unerkannt, die Millionen am Finanzamt vorbei, in die Steueroasen dieser Welt. Die Steuersenkungspartei FDP hat sich die Vereinfachung der Steuergesetzgebung auf die Fahnen geschrieben. Ich hoffe nicht, dass dabei eine Steuersenkung an sich als "DIE" Vereinfachung angesehen wird. Ich halte es da mehr mit dem bekannten Bierdeckel eines Friedrich Merz. Schade nur, dass es in Sachen Steuervereinfachung, einem wesentlichen Stellhebel in Richtung Akzeptanz unserer Steuergesetze verdammt ruhig geworden ist. Aber wie will man vom Bürger eigentlich Gesetzestreue erwarten, wenn der gleiche Staat seine eigenen Gesetze, quasi nach Kassenlage interpretiert und anwendet? Die Aussicht auf das Eintreiben von 100 Mio. Euro vermeintlicher Steuernachzahlungen lässt nun offensichtlich alle Dämme brechen. Heisst es in der Wirtschaft schon längst "Gut ist alles was sich rechnet!" umschließt nun die "Krake der (Pseudo-)

Wirtschaftlichkeit" offensichtlich auch unsere Staats- und Rechtsordnung und damit im Schlepptau die Grundwerte unserer Gesellschaft. Ich darf anmerken, selbst noch ein Staats- und Rechtswesen erlebt zu haben, wo nicht die sogenannte Wirtschaftlichkeit, dafür aber das Ego einer politischen Kaste und das der SED Gradmesser auch beim Verbiegen der Gesetze der DDR waren. Peter Schaar, Bundesdatenschutzbeauftragter jedenfalls schätzt ein: "Ich habe große Zweifel an der Rechtmäßigkeit eines solchen Geschäftes". Wenn der Staat unrechtmäßig erworbene Beweismittel beschaffe, agiert dieser in der Nähe des Tatbestandes der Hehlerei. Um dies der breiten Masse zu verkaufen, präsentieren Frau Merkel sekundiert von der Mehrzahl der scheinbar gleichgeschalteten Medien, wie so oft schon in der deutschen Geschichte der neiderfassten Mehrheits-Öffentlichkeit eine raffgierige Minderheit, der man Einhalt gebieten möge. Die Kanzlerin, die nächste Wahl vor Augen, kann sich der Unterstützung der Mehrheit sicher sein. Der Rechtsstaat wird der Beliebigkeit geopfert. Die liberale Justizministerin schweigt - die Rechtsstaatspartei FDP ebenso.

LAN Thema: Wer rettet uns Arbeitnehmer vor diesem Staat?

Folge 3: Haushaltssanierung durch Inflation

Die Banken erhalten allerorten frisch gedrucktes Geld und uns als Arbeitnehmer und Verbraucher wird die Rechnung präsentiert. Als Sparer werden wir mit Mikrozinzen abgespeist, obwohl Sparen insbesondere aus volkswirtschaftlicher Sicht wichtig ist. Als Arbeitnehmer sehen wir uns einem extrem schwierigen Arbeitsmarkt gegenüber. Und als Staatsbürger sehen wir die Gefahr, dass unsere Kinder und Enkel in einer Flut von Staatsschulden versinken. Keine Partei hat eine schlüssige Konzeption zum Schuldenabbau. Selbst die mit einer übermäßigen parlamentarischen Mehrheit ausgestattete große Koalition sah sich zum großen Wurf außer Stande. Der Staat hat im Wesentlichen drei Möglichkeiten zum Schuldenabbau. Will er die Einnahmen erhöhen, würgt er den Aufschwung ab. Mehr Einnahmen sind allenfalls im Ergebnis eines Aufschwunges absehbar. Bei der Reduzierung der Ausgaben erscheint die gegenwärtige Koalition noch



kraftloser zu sein als ihre Vorgänger. Vom so wichtigen Bürokratieabbau und dem Hinterfragen öffentlicher Kernaufgaben ganz zu schweigen. Was bleibt, ist das bewusste Zulassen einer Inflation im Bereich von 4 bis 7 % pro Jahr. Der Staat ist schließlich der einzige Schuldner, der

sich bei Geldmangel einfach neues Geld drucken kann. Die Schulden von heute mit billigem Geld von morgen zurückzuzahlen, hat schon mehrfach in der Vergangenheit funktioniert. Im Übrigen wird dieser Weg der Haushaltssanierung vom breiten Publikum zwar nicht gerade mit Jubel aufgenommen, hat jedoch den Charme von Gerechtigkeit, schließlich kann sich der Bürger der schleichenden Geldentwertung nur schwerlich entziehen. Es trifft irgendwie Jeden. Für uns Arbeitnehmer heisst dies, der Realität ins Auge zu sehen und sich darauf einzurichten, das hart Erarbeitete zu sichern. Geld ist eben nur das Zahlungsversprechen des Staates. Von den angeblich gesicherten Zertifikaten und Garantiefonds der Banken und Investmenthäuser ganz zu schweigen. Sichern wir unser Vermögen deshalb in inflationsgeschützten Anleihen, physischem Gold und in Wohnimmobilien in Regionen, welche eine stabile Mietstruktur aufweisen. Handeln - bevor es zu spät ist.

LAN Position : 100 Tage Traumkoalition im Bund und in Sachsen

Die FDP auf dem schwierigen Weg des Regierens

Da sind wir nun angekommen im Hafen der Ehe mit unserem Traumpartner. Das bürgerliche Lagerfeuer ist kaum entfacht und schon stellen die Wunschpartner fest, dass sich aus dem eilig ausgehandelten Berliner Koalitionspapier sehr unterschiedliche Wünsche ableiten lassen. Die Lagerinsassen scheinen von einander zunehmend irritiert, hier und dort auch schon mal angewidert. Dies insbesondere dann, wenn der CSU-Stachel stets und ständig auf Kontra geht. Aber so neu sind diese CSU-Eskapaden ja nun auch nicht. Aber was heisst eigentlich bürgerliches Lager? Der wieder gefundene Partner ist nicht mehr die CDU eines Helmut Kohl. Das Sagen hat Frau Merkel und die ist bekanntlich je nach Erfordernis christlich, liberal, konservativ und natürlich auch sozial. Bei der Aushandlung des Koalitionsvertrages hätte inhaltliche Aussagetiefe eindeutig vor der zeitlichen Schnelle rangieren müssen. Frau Merkel lässt die FDP einfach totlaufen und baut über Umweltminister Röttgen schon längst inhaltliche Brücken zu den Grünen. Frau Merkel hat offensichtlich die richtigen Schlussfolgerungen aus dem Fünfparteiengefüge gezogen. Sie kann inhaltlich mit Jedem. Auch wenn ihre CDU

keine 40% mehr schafft, so liegt die CDU immer vorn und Niemand kann gegen die CDU regieren. Die FDP muß sich noch stärker hinsichtlich der eigenen Positionen profilieren. Westerwelle kann dies allerdings nicht allein leisten. Doch mit wem



hat er sich umgeben? Wirtschaftsminister Brüderle wurde als langjähriger Parteisoldat mit dem Amt "belohnt", macht zumindest keine negativen Schlagzeilen, aber eben auch keine Positiven. Arbeitsmarktpolize Niebel bekam mit dem Entwicklungshilfe-

eministerium ausgerechnet jenes Ressort, was er als Oppositionspolitiker noch abschaffen wollte. Frau Leuthäusser-Schnarrenberger, die Einzige mit Bundeskabinetts Erfahrung, hat Mühe, inhaltlich zum Regierungsamt zu finden. Sie schweigt als Vertreterin der Rechtsstaatspartei FDP, wenn dieser zu Grabe getragen wird. Gesundheitsminister Rösler hat zugegeben ein übles Erbe angetreten. Für positive Akzente ist dieses Ressort derzeit ein wahrhaft vermientes Gelände. In Sachsen ist das liberale Regieren eine völlig neue Erfahrung. Da muss man plötzlich der Diätenerhöhung zustimmen. Von einer Trennung Amt und Mandat halten die Minister Morlok und Martens bislang wenig, diese ist allerdings in der FDP Parteitagsbeschlusslage. Die Medien sind der FDP dankbar und stellen fest: Statt Bürokratieabbau gibt es im FDP - Zuständigkeitsbereich einen zusätzlichen Staatssekretär und eine Parteifreundin als Ministeriumssprecherin ohne den hierfür geforderten Hochschulabschluss. Die Opposition mag dies alles freuen - Die liberale Basis jedenfalls nicht. PS: Zum Koalitionsstart in Sachsen haben wir uns mit Minister Morlok im März zu einem Interviewtermin vereinbart.

netzwerker: Rückspiegel zum 1. Geburtstag

Im Januar 2009 war es soweit. Als Newsletter der LAN Sachsen angedacht, wurde der erste NetzWerker durchs digitale Datennetz auf Reisen geschickt. Schnell war den Initiatoren klar, dass der NetzWerker in dieser Form Gefahr läuft, im Spam-Filter gemeinsam mit all den anderen Segnungen der medialen Neuzeit zu landen. Der NetzWerker hat sich über die Vielzahl der Verteilungswege als die bestimmende Größe der Außenwirkung der Liberalen Arbeitnehmer etabliert. Ihr Feedback zeigt uns jedoch noch etwas anderes. Der NetzWerker wird heute als die einzige unabhängige, der FDP nahe stehende Publikation angenommen. Die Mitglieder des Redaktionsteams sind



bekennende FDP-Mitglieder, kennen ihre Partei von innen heraus und stehen natürlich der eigenen Partei mit konstruktiver Kritik zur Seite. Nur die offene Meinungsäußerung befördert die politische Diskussion und damit eine lebendige innerparteiliche Demokratie. Die Parteimedien "Liberale Depeche" und die "LISA" aus Sachsen werden diesem Anspruch schon längst nicht mehr gerecht. Dort dominieren Hofberichterstattung, monologe Meinungspräsentationen sowie die Selbstinzinierung der von der Basis abgeseigneten "Würdenträger". Wir machen weiter auf diesem Weg getreu dem Motto "Der NetzWerker - direkt aus dem Herzen der Basis".

Der
Netz
Werker

www.der-netzwerker.info

LIBERALE
ARBEITNEHMER
SACHSEN E.V.

... und was sagen unsere Leser ?

Sie, liebe Leser, sind mit uns umfänglich in Kontakt getreten. Positive Meinungsäußerungen bleiben unkommentiert, kritische Äußerungen haben wir mit Anmerkungen unserer Redaktion versehen.

Sehr geehrter Herr Lesch,
herzlichen Dank für die Zusendung ihrer Ausgabe „Netzwerker für Arbeitnehmer“. Meine Frage: gibt es dieses Netzwerk nur in Sachsen, oder sind Ihnen noch andere Bundesländer bekannt? Jedenfalls bin ich an Ihrer Informationsschrift interessiert und möchte sie hiermit bestellen. Unsere Anschrift lautet: FDP-Fraktion im Rat der Stadt Bottrop. Gladbecker Str. 13, 46236 Bottrop. Aus Ihren Texten geht hervor, dass es Gemeinsamkeiten gibt zwischen Sachsen und NRW – ich meine hier insbesondere das Ruhrgebiet. Hier sind Arbeitslosigkeit und damit einhergehende Armut groß, die Städte sind pleite (auch die Stadt Bottrop steht unter Haushaltssicherung) und wenn wir uns da als FDP nicht bemühen, die Interessen der Arbeitnehmer, der Hartz IV-Empfänger, der Kinder die an der Armutsgrenze leben müssen (jedes 5. Kind) wahrzunehmen, wenn wir nicht alles versuchen das weitere Auseinanderdriften der Gesellschaft zu verhindern, können wir unser Ziel: eine Partei für alle Gesellschaftsschichten zu werden vergessen. Mein Name ist Ruth Becker, ich bin sowohl Partei- als auch Fraktionsvorsitzende in Bottrop
Freundliche Sonntagsgrüße Ruth Becker

Herr Lesch, Das Layout ist ja einfach nur grauselig. Verzerrte Fotos, Blocksatz mit einem Programm, das den nicht richtig kann, Typografiekenntnisse anscheinend nicht vorhanden ... Da mag man ja gar nichts lesen ... auch wenn der Inhalt vielleicht besser ist als das Layout, aber soweit bin ich vor Schreck nicht gekommen. Gruß Volker Gottwald

Redaktion: Wir hoffen Sie haben keine weitergehenden Schäden beim Durchblättern oder sogar Lesen des Netzwerkers erlitten. Mit Ihrer Kritik haben Sie allerdings grundlegend Recht. Das Budget zur Produktion des Netzwerkers beträgt 0 EUR. Auf das mit einfachsten Mitteln Erreichte sind wir stolz. Trotzdem arbeiten wir weiter an Verbesserungen.

Hallo Herr Lesch,
es wäre schön, wenn Sie mich weiter als Empfänger berücksichtigen würden.
Herzlichen Dank.
MfG Dr.R.Kleinhans

Die veröffentlichten Zuschriften stehen stellvertretend für die Vielzahl der Meinungsäußerungen der vergangenen Monate. Wir bitten um Verständnis, wenn wir nicht jede Zuschrift beantworten können. (NJ)

Die nächste Ausgabe des Netzwerkers erscheint im März 2010 und ist im vorab beziehbar über www.der-netzwerker.info

Der Netzwerker erscheint als Eigenpublikation des Vorstandes der Liberalen Arbeitnehmer Sachsen e.V.

Impressum:

Der Netz Werker
Digest der Liberalen Arbeitnehmer
Sachsen e.V. - Das Basis Blatt

Herausgeber:

LAN Sachsen e.V:
Annabeger Straße 79 Radeberger Str. 51
09120 Chemnitz 01099 Dresden
Tel.: 0371/590 56-90
Martin Lebrecht, Öffentlichkeitsarbeit

Alle Angaben sind ohne Gewähr.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung der Redaktion oder die des Herausgebers wiedergeben. Für unverlangt eingesendete Manuskripte und für Anzeigeninhalte übernimmt der Herausgeber keine Haftung. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Vervielfältigungen auf Datenträgern allgemein. Der Nachdruck ist nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Herausgebers statthaft.

Erscheinungsweise:

ca. 8 mal jährlich, Einzelpreis bei Printversand 3,50 EUR inkl. 7% Mehrwertsteuer. Für Mitglieder des Vereins ist der Bezug mit dem Vereinsbeitrag abgegolten.